

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1880

16.1.1880 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. Januar.

№ 13.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1880.

Telegramme.

† **Wien**, 14. Jan. Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Nisch. Nach dem gestrigen Neujahrsempfang besuchte der Fürst in großer Gala mit Gefolge den Ministerpräsidenten Kistitsch und richtete an diesen folgende Worte: „Ich kam, Ihnen zum Neujahr zu gratulieren und Sie auch bei dieser Gelegenheit meines Wohlwollens zu versichern, sowie volle Zufriedenheit und Anerkennung Ihres bisherigen Wirkens auszudrücken. Behalten Sie auch künftighin dieselbe Arbeitslust, wirken Sie auch weiterhin mit gleicher Energie zum Wohle des Vaterlandes.“ — Dem fürstlichen Besuch wird ein demonstrativer Charakter beigelegt. — Gerüchte über Unruhen in Semendria und am Javor sind unbegründet.

† **Paris**, 14. Jan. Senat. Martel wird wiederum zum Präsidenten gewählt; zu Vicepräsidenten Rampon, Pelletan und Calmon. — Die Erklärung des Ministeriums wird möglicher Weise morgen, wahrscheinlich aber erst am Freitag in den Kammern verlesen werden.

Laut Nachrichten der „Agence Havas“ aus Madrid beharren die Deputirten der Opposition bei ihrer Enthaltung von den Sitzungen der Cortes. Ministerpräsident Canovas habe ein Arrangement versucht; falls dasselbe nicht zu Stande komme, wolle er, wie gerüchtweise verlautet, der Majorität vorschlagen, die Mandate der sich enthaltenden Deputirten für erledigt zu erklären. Nach Anderen würde Canovas die Auflösung der Cortes beantragen. — Marshall Martinez Campos soll Sagasta seine Mitwirkung zugesagt haben, wenn der König die Liberalen an's Ruder berufe.

† **New-York**, 14. Jan. In Beantwortung einer Anfrage Lamson's verweigert General Chamberlain, Lamson als Gouverneur anzuerkennen, hinzuzufügen, er werde Niemanden anerkennen, bis der Obergerichtshof seine Meinung abgegeben. — Der Republikaner Garfield ist in Ohio zum Senator gewählt an Stelle des Demokraten Thurman.

Deutschland.

Berlin, 13. Jan. In dem mit drei der heftigsten Agnaten abgeschlossenen und demnächst in Berlin zu ratifizierenden Vergleichsvertrage ist bezüglich des wesentlichsten Punktes nunmehr das Nachfolgende festgestellt worden: Den drei Agnaten wird für die Vergangenheit, d. h. für die Zeit vom Tode des letzten Kurfürsten bis zum Beginn dieses Jahres, nichts gewährt. Dagegen erhalten dieselben von 1880 ab eine jährliche Rente von je 75,000 M., nämlich 18,600 M. fideikommissarisch feststehende Apanage und den Rest mit 56,400 M. als Abfindung für den Verzicht. Diese Abfindung soll für volle 8 Jahre, also bis Ende 1887, im Gesamtbetrage von je 450,000 M. vorausbezahlt werden, so daß also sofort die Summe von 1,350,000 M. zu erlegen ist, während dann im Laufe dieser acht Jahre ein jeder der drei Agnaten noch die Apanage von 18,600 M. jährlich bezieht. Von 1888 ab erhält dann ein Jeder zu Beginn des Jahres 75,000 M., welche Summe so lange zu bezahlen ist, bis die betreffende Linie ausstirbt, somit vertragsmäßig der preussische Staat Erbe des fideikommissarisch anzulegenden, zur Bestreitung dieser Ausgaben erforderlichen Kapitalstocks wird.

Die königl. Admiralität beabsichtigt, den Vertrag mit dem englischen Unternehmer Kuntner betreffs Hebung des „Großen Kurfürst“, der „Kreuzzeitung“ zufolge, nur von vier zu vier Wochen zu verlängern und diese Verlänge-

rung von den jedesmaligen Nachrichten über die Zahlungsfähigkeit Kuntner's abhängig zu machen.

Von vertrauenswerther Seite schreibt man der „Nationalzeitung“: Wenn wenige Tage, nachdem der König von Dänemark Berlin verlassen, gemeldet werden konnte, daß man in den leitenden Kreisen mit den Erfolgen dieses politischen Besuches sehr zufrieden sei, so neigte man gern zu dem Glauben, daß der Herzog von Cumberland den Vorstellungen seines Schwiegervaters und seiner Familie endlich Gehör gegeben und daß somit einem Ausgleich zwischen der preussischen Regierung und dem Herzog nichts mehr im Wege stehe. Wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, rief jedoch nur das korrekte und politisch allein richtige Verfahren des Königs Christian das Gefühl der Befriedigung in den leitenden Kreisen hervor. Der König von Dänemark mußte der kaiserlichen Majestät mittheilen, daß an eine Nachgiebigkeit des Herzogs von Cumberland nicht zu denken sei; der König bedauerte dieses Verhalten, berührte kurz die Nachteile, die seinem Schwiegerjohnne daraus erwachsen, und erklärte bei Lage der Dinge etwaige Vermittlungsvorschläge, als völlig aussichtslos, nicht machen zu können und zu wollen.

Die Feier des 50jährigen Dienstjubiläums des Prinzen August von Württemberg als Mitglied der preussischen Armee soll am 24. Jan., dem 67. Geburtstag des Prinzen, mitgegangen werden. Prinz August begann seine militärische Karriere am 1. Mai 1829 in dem 1. württembergischen Kavallerieregiment. Am 23. April 1830 trat er in preussische Dienste über und wurde als Rittmeister, d. h. in seinem bisherigen Range, dem Regiment der Gardes du Corps zugetheilt. Von da ab hat der Prinz mit einer Unterbrechung von nur drei Jahren, welche er als Divisions- und Corpskommandeur beim 3. und 4. Armeecorps zubrachte, stets dem Gardecorps angehört. Seit 1858 ist der Prinz kommandirender General dieses Corps, welches er auch in den Kriegen von 1866 und 1870-71 führte. Am 2. September 1873 wurde der Prinz zum Generalobersten von der Kavallerie ernannt. Nach dem Tode des Feldmarschalls Grafen Wrangel wurde Prinz August mit der Wahrnehmung der Funktionen als Oberbefehlshaber in den Marken beauftragt. Allgemein hegt man die Ueberzeugung, daß die definitive Ernennung des Prinzen für diesen Posten an seinem Jubeltage erfolgen werde.

† **Berlin**, 14. Jan. (Abgeordnetenversammlung.) Die erste Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die Verwaltungsreform wird fortgesetzt. Bedlich (Mühlhausen) spricht für die Vorlagen. Derselbe erklärt, seine Partei (die Freikonserverativen) halte es nicht bloß für zweckmäßig, sondern für notwendig, daß für die ganze Monarchie eine gemeinsame Ordnung für die Landesverwaltung erlassen werde. Streitig sei nur die Frage, ob die vorgeschlagene Organisation schon jetzt auf die neuen und westlichen Provinzen auszubehnen sei. Er empfiehlt schließlich die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Nicht er erklärt sich gegen die Vorlage, beleuchtet die Entwicklung der Verwaltungsgefeßgebung, spricht sich gegen die Ausdehnung der Vorlagen auf die neuen und westlichen Provinzen aus, erörtert die Stellung der Landräthe, kritisiert verschiedene Bestimmungen der Vorlagen, insbesondere die über die Stellung des Oberpräsidenten, und fragt, wie es sich mit der angekündigten Nachsession verhalte. Eine merkliche Verbesserung im Sinne des liberalen Gedankens vermöge er in den Vorlagen nirgends zu erblicken. Die Vorlagen trügen einen einseitlichen Zug, derselbe laufe aber auf eine Stärkung des berufsmäßigen Beamten-

Minister Eulenburg erklärt, wenn die Ausführungen des Vorredners den Ansichten der Majorität entsprächen, so wären die Vorlagen allerdings aussichtslos. Wichtig sei, daß keine homogene Majorität vorhanden sei. Daraus dürfe aber nicht gefolgert werden, daß die organische Gesetzgebung nicht zu Stande kommen könne. Der Vorwurf, die Vorlagen bezweckten lediglich die Stärkung der Bureaucratie, erscheine unbegründet gegenüber den Momenten der Ausdehnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Selbstverwaltung auf die gesamte Monarchie und der Unterstellung der landespolizeilichen Verfügungen unter die Organe der Selbstverwaltung. Mit Genehmigung konstatire er, daß sämtliche Redner sich für die Erstreckung der Neuorganisation auf die gesamte Monarchie ausgesprochen hätten. Für die neuen und westlichen Provinzen werde allerdings ein Provisorium eintreten müssen, welches indes nichts Bedenkliches habe. Ein einheitlicher großer Staat könne auf die Dauer die Verschiedenartigkeit der Behördensysteme in den oberen Instanzen nicht vertragen. Der Minister rechtfertigt weiter den materiellen Inhalt der Uebergangsbestimmungen. Ähnliche Bestimmungen seien unter Zustimmung des Hauses in anderen Gesetzen erlassen worden. Die Besorgnis, daß die Regierung sich durch die Uebergangsbestimmungen verleiten lassen könnte, die fernere Einführung der Selbstverwaltungsorgane zu verzögern, sei völlig grundlos. Was die Einführung der Selbstverwaltungsorgane in den westlichen Provinzen betreffe, so hätte allerdings ein Bedenken dagegen obgewaltet. Die Gesetze seien aber doch schon von dem Minister Friedenthal zugesichert worden. Wenn der Abg. Rauchsaupt die Vorlagen auf die nächste Session verschieben wolle, so würde zwar die gegenwärtige entlastet, aber die kommende zugleich belastet werden. Die Förderung des Werkes sei nur dann zu gewinnen, wenn sofort an die Durchberatung der Vorlagen gegangen werde.

Was die angekündigte Nachsession betreffe, so sei natürlich nicht beabsichtigt gewesen, mit der bezüglichen Ankündigung einen Druck auszuüben. Er hoffe auch, daß der Schein, als ob dies beabsichtigt gewesen, keine Mißstimmung erzeugt habe. Die Regierung verkenne die Unzulässigkeit einer Nachsession nicht und wisse auch, daß die Zustimmung des Hauses dazu notwendig sei. Die Andeutung der Möglichkeit einer Nachsession bezwecke nur, zu zeigen, welchen hohen Werth die Regierung auf die Durchberatung der Vorlagen lege und daß sie ihrerseits bereit sei, außerordentliche Anstrengungen zu machen. Die Regierung hoffe, die Landesvertretung werde den Weg mitbeschreiten, wenn ein Erfolg sich versprechen lasse. Bestimmte Antwort werde er erst ertheilen können, wenn sich nach einigen Beratungen in der Kommission die Chancen übersehen lassen. Der Minister rechtfertigt demnächst die Zusammenlegung der Landdrostereien in Hannover und betont die Nothwendigkeit der Vereinfachung der Verwaltungsorgane. Es werde alleseitig zugestanden, daß ein großer Schritt nach dieser Richtung geschehen sei. Die Regierung müsse organisch, nicht sprungweise vorgehen, zunächst aber auf dem Wege bleiben, den sie mit so großer Mühe und Kraftaufwendung beschritten. Die Frage der Verwaltungsgerichtsbarkeit sei wissenschaftlich eine durchaus offene. Jedes damit operirende Land habe noch Erfahrungen hinsichtlich seiner eigenartigen Einrichtung zu machen. Die preussische Einrichtung sei immer noch die praktischste. Hervorgetretene Mängel auszugleichen sei der Zweck der Vorlage. Der Minister hofft, daß trotz der jetzigen Meinungsverschiedenheit eine Vereinbarung zu Stande kommen werde.

v. Wedell-Piesdorf tritt für die Vorlagen ein; er erklärt, die Konservativen würden nöthigenfalls auch auf eine Nachsession eingehen. Redner plaidirt für Vereinigung des Bezirksrathes mit dem Bezirks-Verwaltungsgericht und polemisiert gegen die Auffassungen des Centrums. — Winthorst erklärt sich gegen die Vorlagen; er wünscht Vorbereitung derselben bis

21.

Ohne Familie.

Von Hector Malot.

Deutsch von Mary M. Hall.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt Nr. 11.)

„Wenn ich dir nun sage,“ fuhr Vitalis fort, „daß wir erst nach Aurillac gehen, um dann die Richtung nach Bordeaux einzuschlagen und uns von Bordeaux nach den Pyrenäen zu wenden, was würdest du daraus erfahren?“

„Aber kennen Sie die Gegend denn?“

„Ich bin noch nie in derselben gewesen.“

„Und trotz dessen wissen Sie, wohin wir gehen?“

Er sah mich noch einmal lange an, als suche er Etwas in mir, und fragte schließlich:

„Du kannst nicht lesen, nicht wahr?“

„Nein.“

„Weißt du, was ein Buch ist?“

„Zunächst, man nimmt ein Buch in die Hand, um die Gebete daraus zu lesen, wenn man den Rosenkranz nicht betet; ich habe solche Bücher gesehen, schöne Bücher mit Bildern drinnen und draußen ganz von Leder.“

„Gut, also weißt du, daß in einem Buche Gebete stehen können?“

„Ja.“

„Es können auch noch andere Dinge in einem Buche vorkommen. Wenn du deinen Rosenkranz betest, sagst du Worte her, die du von deiner Mutter Barberin gehört hast und die dir vom Gehör in das Gedächtniß übergegangen sind, um wieder

zur Sprache zu werden, sobald du ihrer bedarfst. Wer nun seine Gebete aus Büchern abliest, nimmt die Worte, aus denen diese Gebete zusammengesetzt sind, nicht aus dem Gedächtnisse, sondern mit den Augen aus den Büchern, worin sie stehen. Das nennt man Lesen.“

„Ich habe lesen sehen,“ sagte ich mit dem ganzen Stolz eines Menschen, der genau weiß, wovon die Rede ist.

„Sehr gut, nun merke dir, daß man bei allem Uebrigen ebenso verfährt, wie bei den Gebeten. So sind z. B. die Gegenenden, durch die wir kommen, so genau von Leuten geschildert worden, die entweder in dem Lande gelebt oder es bereist und dann ihre Erfahrungen in einem Buche niedergelegt haben, daß ich dies Buch, das ich besitze, nur aufzuschlagen und zu lesen brauche, um diese Gegenden kennen zu lernen, ich kann sie mir so deutlich vorstellen, als sähe ich sie mit den eigenen Augen, und lerne deren Geschichte, als würde sie mir erzählt. Sobald wir Rast machen, will ich dir das Buch und in demselben die Namen und die Geschichte der Orte zeigen, wohin wir ziehen.“

Ich war wie ein Wilder aufgewachsen, der keinen Begriff vom civilisirten Leben hat. Diese Worte klangen mir daher wie eine Art Offenbarung, und war mir der Sinn derselben auch anfangs ziemlich verworren, so wurde er mir doch nach und nach immer klarer.

Eine Schule hatte ich freilich besucht, aber nur vier Wochen lang, und während dieser vier Wochen so wenig ein Buch in die Hand bekommen, wie von Lesen und Schreiben, oder überhaupt nur von irgend welchem Unterricht die Rede gewesen war.

Dergleichen gehörte damals, wenn es auch jetzt ganz anders

geworden ist, keineswegs zu den Ausnahmen; es gab vielmehr zu jener Zeit sehr viele Gemeinden in Frankreich, in denen entweder die Schulen gänzlich fehlten oder von Lehrern geleitet wurden, welche den ihnen anvertrauten Kindern keinerlei Unterricht ertheilten. Vielleicht wußten sie selber nichts; — vielleicht hatten sie Anderes zu thun.

So war es auch bei unserem Dorfschulmeister. Ich will die Beschuldigung der Unwissenheit zwar nicht gegen ihn erheben, da ich nicht weiß, ob er Etwas gelernt hatte oder nicht; das aber weiß ich ganz genau, daß er uns während der Zeit, die ich bei ihm zubrachte, keine einzige Stunde gegeben hat, weder meinen Kameraden noch mir; er hatte eben Anderes zu thun. Seinem eigentlichen Berufe nach war er nämlich Holzschuhmacher und arbeitete ununterbrochen an seinen Holzschuhen, so daß man die Buchen- und Nußbaum-Holzspäne von Morgen bis Abend um ihn herumliegen sah. Er sprach höchstens über unsere Eltern oder über das Wetter mit uns, aber nie ein Sterbenswörtchen von Lesen oder Rechnen, dazu hatte er seine Tochter, die ihn in seinem Amte als Schulmeister vertreten sollte. Diese aber, von Haus aus Schneiderin, machte es wie ihr Vater, und während dieser mit Hobel und Bohrer hantierte, säßte sie eifrig die Nadel.

Holzschuhe und Schneiderei mußten für Das aufkommen, was die Schule nicht abwerfen konnte; denn wir waren ja nur zwölf Kinder, für die monatlich fünfzig Centimes Schulgeld gezahlt wurden, und zwei Personen können nicht dreißig Tage lang von sechs Franken leben. So erklärte es sich leicht, daß ich dort nicht einmal das Alphabet gelernt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

zur Berichterstattung, dann aber Vertagung bis zur nächsten Session. Er hätte gewünscht, daß man mit der Landgemeindevorordnung beginne. Er bezeichnet ferner die Uebergangsbestimmungen als unannehmbar und befürwortet die Aufrechterhaltung der Kollegialität bei den Regierungsbehörden. — Nächste Sitzung Donnerstag.

† **Strasburg**, 14. Jan. In Kreise Zabern wurde an Stelle von Schneegans der Fabrikant Goldberg (Autonomist) mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität zum Reichstags-Abgeordneten gewählt.

München, 14. Jan. Die Prinzessin Amalie Marie, Tochter des Herzogs Karl Theodor, welche kürzlich erkrankt war, ist wieder auf dem Wege der Besserung. — In dem Befinden des Professor Dr. Buhl ist leider eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten. — Wie der „Bayerische Kurier“ vernimmt, wird sich eine große Anzahl der Landtags-Abgeordneten ziemlich ablehnend zur neuesten Vorlage der Kriegsverwaltung verhalten und in modifizierter Weise nur wenigen Positionen zustimmen.

Oesterreichische Monarchie.

† **Wien**, 14. Jan. Alle aus Pesth vorliegenden Berichte schildern die gestrigen Straßentravalle als sehr bedeutend; sechs Polizisten sind bedenklich verwundet, theils durch Messerstiche, theils durch Steinwürfe; einem wurde mit einem Stein der Schädel eingehauen. Das Militär rückte an, als der Tumult zum förmlichen Aufbruch anwuchs. Das Militär wurde mit Steinwürfen empfangen und säuberte mit gefälltem Bajonnet die Straßen, wobei mehrere Tumultuanten verwundet wurden. Einige Verwundungen sind gefährlich. Aus dem Volkshaufen fiel ein Schuß, der einen Bürger leicht verwundete, das Militär schoß nicht. Ueber dreißig Tumultuanten sind verhaftet. In Verhovan's Befinden ist eine bedenkliche Verschlimmerung eingetreten.

Niederlande.

Haag, 13. Jan. Heute vor einem Jahre starb Prinz Heinrich der Niederlande. Seitdem ist die Statthaltertschaft des Großherzogthums Luxemburg erledigt. Seit einigen Tagen befinden sich der Präsident und der Staatssekretär der dortigen Regierung hier im Haag. Ersterer, Hr. v. Blochausen, hat mit dem König-Großherzog und dem Prinzen Alexander, sowie auch mit dem Ministerpräsidenten Baron van Lynden über diese wichtige Frage Rath gepflogen und es scheint jetzt darüber entschieden werden zu sollen.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Heute wurde in der Kirche St. Augustin eine Gedenkmesse für Napoleon III., gestorben am 9. Januar 1873, gehalten, zu der sich in und vor der Kirche etwa 2000 Personen eingefunden hatten. Der Prinz Napoleon Jérôme wurde ehrerbietig von der harrenden Menge begrüßt, doch wurde jede weitere Kundgebung vermieden. Als aber Paul Cassagnac aus der Kirche trat, ließen ihn seine besondern Anhänger nach und riefen: „Cassagnac hoch! Das Kaiserthum soll leben!“ Cassagnac, der von einigen Polizeibeamten begleitet wurde, wandte sich an der Rue de Valenciennes nach den Schreibern um und hielt folgende Anrede: „Kehret heim in Ordnung, meine Freunde! Frankreich ist unglücklich, aber nicht für lange Zeit. Das Kaiserthum folgt euch auf den Fersen!“ Lebhafter Jubelruf und ruhige Heimkehr der angedeuteten Volksmenge. Die Polizei ließ die Anrede ungestört. — Das Gerücht, Gambetta habe als Kammerpräsident in Folge der Abnahme der ihm gegebenen Stimmen abgedankt, ist, wie zu erwarten stand, ohne allen Grund. Die vier Gruppen der Linken hielten heute eine Versammlung, um sich über die noch ausstehende Wahl des vierten Vicepräsidenten der Kammer zu vereinbaren.

Spanien.

Der parlamentarische Konflikt in Spanien dauert fort. Der König hat seinen Ministern den entschiedenen Wunsch ausgesprochen, den Streit möglichst bald auf die eine oder andere Weise beigelegt zu sehen, damit die parlamentarischen Arbeiten ihren Fortgang nehmen könnten. Canovas del Castillo hat während der Weihnachtsferien die Führer der Opposition, Sagasta, Alonzo Martinez, General Caillo, Martos, Castelar und den Marquis Carbol durch Senor Moreno Nieto, den ersten Vicepräsidenten des Kongresses, über eine Verständigung mit dem Kabinett sondiren lassen, aber Alle haben erklärt, daß sie an den Sitzungen der Cortes nicht eher würden theilnehmen, als bis ihnen der Ministerpräsident die von ihm in dem Manifest der Minorität verlangte Gemüthung geleistet habe. Um jedoch den Schein der Alloalität zu vermeiden, haben die Vertreter der dynastisch gesinnten Gruppen der Linken beschloffen, sich der Deputation anzuschließen, welche dem Königspaar die Glückwünsche der Cortes zur glücklichen Errettung aus drohender Lebensgefahr überbrachte. Diese kluge Taktik hat den Konservativen sehr mißfallen, weil sie ihnen den Vorwand nahm, die Opposition antidynastischer Ziele zu beschuldigen. Martinez Campos, der Vorgänger Canovas del Castillo's, hat sich, durch die Angriffe der ministeriellen Presse gereizt, ganz auf die Seite der Fronde gestellt und ist bemüht, eine Fusion der gemäßigten liberalen Parteigruppen herbeizuführen, um solchergestalt an der Spitze einer geschlossenen Phalanx den Angriff gegen das Kabinett mit Nachdruck unternehmen zu können. Diese Koalition soll umfassen: Centralisten, Konstitutionelle, Cubaner, mißvergnügte Generale und Abtrünnige der Majorität. Eine solche Parteiformation erscheint dem König wie seinem ministeriellen Berater sehr bedenklich und Canovas del Castillo läßt alle Winen springen, um dieselbe zu hintertreiben. Wie es den Anschein hat, kommt Alles auf die Haltung der cubanischen Kreolen in den Cortes an, um die Lösung des Konflikts im Sinne der Liberalen zu beschleunigen. Gelingt das nicht, so wird

die konservative Mehrheit im Stande sein, ganz nach Gutdünken die Budgetfrage, die Sklavenemanzipation und den Erlaß neuer Gesetze zu erledigen.

Großbritannien.

London, 13. Jan. In Oppositionskreisen wird behauptet, daß Carl Der by bei Beginn der Session aus seiner Neutralität heraustraten und offen für die Liberalen Partei ergreifen werde, nicht nur in Nebenfragen, sondern auch in der Lebensfrage für das Kabinett, ob dessen auswärtige Politik das Vertrauen des Landes verdiene. Bepredigungen mit den Führern der liberalen Partei sollen in dieser Hinsicht ein vollständiges Einverständnis herbeigeführt haben. Dafür aber ist der Regierung in einem keineswegs untergeordneten Streitpunkte ein angelegener Helfer im liberalen Lager erstanden. Der zweite Führer der Opposition, C. E. Forster, veröffentlicht in der „Times“ einen Brief, welcher die weitere Behandlung von Transvaal betrifft und im Wesentlichen mit der ministeriellen Politik übereinstimmt. Das annectirte Land, bemerkt er, zähle auf 25- bis 30,000 Weiße gegen 300,000 Eingeborene, die Weißen aber hätten ihre Unabhängigkeit ausdrücklich und in erster Linie zu dem Zwecke verlangt, um nach ihrer eigenen Weise mit den Eingeborenen verfahren zu können, einer Weise, fügen Forster hinzu, „welche, um es ganz glimpflich auszudrücken, mit den gewöhnlichen englischen Ansichten über Gerechtigkeit und Menschlichkeit nicht im Einklang stehe“. Die 300,000 Eingeborenen sind durch die Einverleibung britische Unterthanen geworden und haben ein Recht auf englischen Schutz, und es gebührt sich für das englische Parlament, ihren Interessen zum mindesten dieselbe Beachtung zu schenken, wie den Wünschen der holländischen Ansiedler. Die Kennzeichnung der „Eingeborenenpolitik“ der letzteren hat Forster allerdings sehr „glimpflich“ ausgedrückt. Eine grauenhaftere Tyrannei und Unmenschlichkeit, als sie amtlich aufgezeichnet ist, läßt sich nicht vorstellen, und wie die „Menschlichkeitspartei, welche wegen der bulgarischen Gräueltaten so raste und tobte, welche die Regierung mit Schimpfnamen brandmarkte, weil ein Richter in Cyprien zwei griechischen Priestern die Bärte hatte abschneiden lassen, und welche jetzt Himmel und Erde gegen die Regierung in Bewegung zu setzen sucht, weil General Roberts 15 Afghanen, die an der Ermordung des englischen Residenten theilhaftig waren, hat aufknüpfen lassen — wie diese Partei für die Wiederherstellung der Gräueltäterhaft der Afrikaner einzutreten vermag, läßt sich logisch nicht begreifen. Das Blut erstarrt Einem in den Adern, wenn man in amtlichen Berichten liest, wie die Boers, allem Menschlichkeitsgefühl Hohn sprechend, die jungen Schwarzen geraubt haben, welche sie als Sklaven begeherten. Diese mußten ganz jung erbeutet werden, damit sie Heimatland und Volk vergessen könnten. Sie wurden daher den Müttern aus den Armen und von den Brüsten gerissen, die Mütter aber mit Peitschenhieben davongetrieben oder, wenn das nicht half, niedergemetzelt. Dieselbe Zunge, welche hier die Entfernung des „gegenmenschlichen“ Türken verlangt, verlangt zugleich, was der Wiederherstellung dieser jedenfalls zum mindesten in gleichem Maße „gegenmenschlichen“ Herrschaft in Südafrika gleichkommt. Durch seinen gestrigen Brief hat Forster indessen ihrer Spitze alle Schneide benommen.

Türkei.

† **Konstantinopel**, 14. Jan. Prinz Hassan, dritter Sohn des ehemaligen Rhedive Ismail, ist am Montag hier eingetroffen und vom Justiz- und vom Polizeiminister begrüßt worden. Dem Polizeiminister ist vom Sultan der Großcordon des Medschidje-Ordens verliehen worden.

Griechenland.

† **Athen**, 14. Jan. Kommanduros bestimmte Delhannis und Argherinos, ihre Demission zurückzuziehen. Auch eine Aenderung in der Leitung der Ministerien des Kriegs, der Justiz und der Finanzen soll erst nach der Erledigung des Budgets erfolgen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 14. Jan. 19. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß aus der heutigen Beilage.)

Abg. v. Feder: Er habe die Wirksamkeit des Verwaltungsgerichtshofes seit dem Jahr 1864 verfolgt und könne konstatiren, daß dieselbe nur eine segensreiche und heilsame war. Er habe nur auszuweisen, daß einmal die Kompetenz desselben eine zu enge war, dann daß derselbe nicht die völlige richterliche Unabhängigkeit hatte. Im vorliegenden Entwurf sei jedoch der letztere Mangel zu beseitigen gesucht und er müsse seine Anerkennung dafür aussprechen, daß die Großh. Regierung den Wünschen in dieser Richtung entgegengekommen sei.

Er wünsche für die Zukunft, daß der Vertreter des Staatsinteresses häufiger als bisher, besonders da, wo es sich um prinzipielle Fragen handle, den Sitzungen des Verwaltungsgerichtshofes anwohne. Man könne mit dem Abg. v. Freydorf, der sich in diesem Punkte als Radikalen fundgegeben habe, sagen es werde am Ende noch zu einer Verschmelzung des Verwaltungsgerichtshofes mit dem Oberlandesgerichte kommen, aber keinesfalls sei jetzt schon der Zeitpunkt ein geeigneter. Er bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Fieser präzisirt seine Stellung zu dem vorliegenden Entwurfe dahin, er sei ein Freund des Verwaltungsgerichtshofes als besonderen Gerichtshofes und ein Feind der Verschmelzung desselben mit dem Oberlandesgerichte. Es sei zur Zeit ein großer Unterschied, ob ein Einzelner durch das öffentliche oder das Privatrecht sich verlegt fühle, und so lange jenes noch so wie gegenwärtig im Fluße sei, wäre es bedenklich, solches dem bürgerlichen Richter zur Entscheidung zu überweisen.

Eines müsse er bestreiten, daß der Verwaltungsbeamte besondere Kenntnisse mitbringe; derselbe sei durch die Praxis so sehr in Anspruch genommen, daß ihm keine Zeit zu Detailstudien übrig bleibe; man dürfe von dieser Seite aus nicht argumentiren.

Er stimme für den Entwurf, dem er ohne die Aenderung durch den Kommissionsantrag seine Zustimmung nicht hätte geben können.

Abg. Röttinger: Er nehme den Standpunkt der Majorität der Kommission ein. Wenn man auch an der Hand der Statistik nachweisen könne, daß die Geschäftslast des Verwaltungsgerichtshofes keine allzugroße war, so müsse auf der andern Seite betont werden, daß die Entscheidungen desselben von solcher Gründlichkeit, Klarheit und Gediegenheit waren, daß solche im ganzen Lande die Bedeutung von Gesetzen erlangt hätten; außerdem seien dieselben für die Entwicklung unseres öffentlichen Rechtes, für die Ordnung der Fragen des öffentlichen Lebens von großem Einflusse gewesen. Nach diesen Erwägungen sei er zur Erkenntniß gelangt, daß es das Zweckdienlichste sei, zwar mit Rücksicht auf das Budget, diesen Gerichtshof mit einer beschränkten Anzahl Mitglieder des Oberlandesgerichts zu besetzen, jedoch denselben in seiner jetzigen selbständigen Stellung zu belassen. Eine Verschmelzung mit dem Oberlandesgerichte halte er für unthunlich, weil es für den Oberlandesgerichts-Rath nicht unmöglich, aber schwierig sei, sich in die große Anzahl auf das öffentliche Recht bezüglicher Verordnungen und Gesetze hineinzuversetzen nachdem vor kurzem die Reichs-Justizgesetze in Aussicht stehe, so wäre zu befürchten, daß die verwaltungsrechtlichen Entscheidungen nicht mehr so gründlich, klar und rasch erfolgen würden wie bisher. Diese praktischen Erwägungen hätten ihn bestimmt, dem Kommissionsantrage beizustimmen.

Abg. Für erklärt gegenüber dem Ministerialpräsidenten Stöffer, daß er dessen erste Äußerungen anders verstanden habe als die letzteren.

Abg. Schmidt wendet sich kurz gegen den Abg. Kiefer; dieser habe aus seinen staatsanwaltschaftlichen Reminiscenzen geklagt, daß die Richter oft zu milde geurtheilt hätten, und habe denselben den Vorwurf gemacht, daß sie nicht genug öffentliche Mäther seien; er warne jeden Richter, sich nicht durch die öffentliche Meinung leiten zu lassen; denn so komme er in den entgegengegesetzten Fehler und ver falle in eine politische Strömung.

Nachdem hierauf noch die Abgg. v. Freydorf und Kiefer das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erhalten, ertheilt der Präsident dem Berichterstatter das Schlusswort, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Karlsruhe, 15. Jan. 20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey. (Fortsetzung der Berathung des Berichts der Kommission für den Gesetzesentwurf, die Organisation des Verwaltungsgerichtshofes betreffend.)

Am Regierungstische: Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der Justiz Dr. Grimm, Ministerialpräsident Stöffer, Ministerialrath Stocker.

Eingelassen ist eine Petition der Gemeinden Schwarzenbach und Pfullendorf, „die Hölenthal-Bahn betr.“

Es wird hierauf sofort in die Spezialdiskussion eingetreten.

Zu Art. 1, „Befähigung zum Richteramt“, stellt der Abg. Seybel an die Kommission die Anfrage, wie es zu halten sei, wenn bezüglich der Bestimmungen über die Ausbildung der Verwaltungsbeamten Aenderungen eintreten sollten.

Abg. Basser mann erklärt, daß die Kommission von dem Standpunkte ausgegangen sei, daß in nächster Zeit keine Aenderungen in diesem Punkte eintreten, sondern daß die Prüfungen beider Branchen der Jurisprudenz bis auf Weiteres dieselben bleiben würden; übrigens könnte über diese Frage der Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der Justiz genauere Mittheilung machen.

Präsident des Ministeriums des Großh. Hauses und der Justiz Dr. Grimm: Der Anfrage gegenüber habe er zu bemerken, es schwebten bis jetzt noch Verhandlungen über die angeregte Frage, die noch nicht zum Abschlusse gelangt seien. Da nach dem zur Zeit noch bestehenden Rechte die Prüfung gemeinschaftlich sei, so habe die Großh. Regierung vorerst keinen Anlaß, der Fassung dieses Artikels entgegenzutreten. Sollte einmal ein anderer Prüfungsmodus eingeführt werden, so sei dann der Zeitpunkt gekommen, eine Aenderung darin eintreten zu lassen.

Der Präsident bringt hierauf einen Antrag der Abgg. Lender, Förderer, Hennig und Reichert zur Kenntniß des Hauses, dahin gehend, Art. 1 Abs. 3 zu fassen:

„Der Präsident und mindestens zwei Räte werden aus der Zahl der Verwaltungsbeamten, die übrigen Mitglieder und deren Stellvertreter aus den Räten des Oberlandesgerichts berufen.“

Abg. Lender begründet den Antrag.

Abg. Schmidt tritt dem Antrag entgegen; es werde mit dem Antrag beabsichtigte Zweck, nämlich Erparniß, damit nicht erreicht, da die Hauptarbeitslast auf die Mitglieder des Oberlandesgerichts gewälzt würde und schließlich dort eine Verstärkung eintreten müsse.

Es kommt ein weiterer Antrag ein, unterschrieben von den Abgg. Fieser, Friderich und v. Feder, dahin lautend: in dem eben erwähnten Abs. 3 das Wort „mindestens“ wegzulassen.

Nachdem der Abg. Fieser seinen Antrag begründet, zieht der Abg. Lender den seinigen zurück.

Ministerialpräsident Stöffer tritt beiden Anträgen entgegen: Wenn man die ganze Einrichtung so verflümmere, bleibe schließlich nichts mehr übrig, als ein leerer Schein

Roman-Zeitung

erstes Quartal 1880 für 3 1/2 M. zu beziehen durch alle Buch-

Deutsche

handlungen und Postanstalten.
NEU: Der Kampf der Dämonen, Roman von A. E. Brachvogel. 3 Bde. Der letzte vollendete grosse Roman des Dichters — Dame Orange, Roman von Hans Wachenhusen. 3 Bde.
Inhalt des vorigen, in sich abgeschlossenen Quartals: Auf und Nieder von Alfred Meissner. — Der Schatz von Quivira von Balduin Möllhausen. — Gesucht und Gefunden von Golo Raimund. — Herr im Hause von P. Hann. — Der Thurm von Dago von Maurus Jokai
Jede Nummer enthält einen ganzen Bogen Feuilleton von Robert Schweichel.

Verlag von **Otto Janke** in Berlin, S.W., Anhalt-Str. 11.
Zu beziehen durch **A. Bielefeld's** Hofbuchhandlung und **G. Braun'sche** Hofbuchhandlung in **Karlsruhe**. P. 657.

Lehrschule des Badischen Frauenvereins.

In die I. und II. Klasse der Lehrschule können auf Ostern d. J. noch eine Anzahl Schülerinnen aufgenommen werden und laden wir zum Besuch derselben mit dem Anfügen ein, daß der Preis für Wohnung, Kost und Unterricht jährlich 500 Mark beträgt.
Gleichzeitig bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß für das bevorstehende Schuljahr an Schülerinnen — Pensionatskinder — der ersten Klasse durch den Großherzoglichen Oberschulrath folgende Stipendien bewilligt werden können:

- für katholische Mädchen aus Gemeinden der alten Markgrafschaft Baden-Baden zwei Stipendien;
- für ein katholisches Waisenmädchen aus den ehemals fürstbischöflich-bruchsaler Orten ein Stipendium;
- für ein evangelisches Waisenmädchen aus der ehemaligen Markgrafschaft Baden-Durlach nebst den Herrschaften Lahr, Mahlberg und Lichtenau zwei Stipendien;
- für Töchter von Staatsangestellten zwei Stipendien.

Der Unterricht beginnt Ostern 1880 und umfaßt weibliche Handarbeiten (Stricken, Häkeln, Nähen, Kleidermachen), Rechnen, deutsche Sprache, Rechnen und Buchführung, Geographie und vaterländische Geschichte, Naturkunde mit besonderer Rücksicht auf die Haushaltung, französische Sprache, weiterhin auch Haushaltungsgeschäfte, wie Kochen, Waschen und Bügeln.

Die Eingaben müssen mit den vorgeschriebenen Nachweisen — Geburts- und Schulzeugnissen, sowie ärztlichen Gesundheitsattesten — versehen und längstens bis Ablauf dieses Monats eingereicht sein, andernfalls sie eine Berücksichtigung nicht mehr finden können.

Karlsruhe, den 12. Januar 1880.
Badischer Frauenverein.
Vorstandsabtheilung I.

Badischer Frauenverein.

Zu der Mitte des nächsten Monats Februar soll wieder ein Unterrichtsstund über Krankenpflege in der hiesigen Vereinsklinik seinen Anfang nehmen.

Jungfrauen und unabhängige kinderlose Frauen im Alter zwischen 21 und 40 Jahren, welche diesem Beruf sich zu widmen gedenken, werden daher aufgefordert, sich möglichst bald darüber zu melden und folgende Zeugnisse vorzulegen:

- ein Geburtszeugniß,
- ein ärztliches Zeugniß über den Besitz einer festen, dauerhaften Gesundheit,
- ein Zeugniß des Ortschulraths über ausreichende Schulkenntnisse und gutes Auffassungsvermögen,
- ein gemeinderäthliches Zeugniß über die Familienverhältnisse, den Leumund und die bisherige Beschäftigung der Bewerberin.

Karlsruhe, den 12. Januar 1880.
Abtheilung II. für Krankenpflege.

Bremer Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft.

Wir bringen hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, daß wir zu unserer Generalagentur für die Feuer-, Lebens-, Transport- u. Reiseunfall-Versicherungs-Gesellschaft „Thuringia“, die Generalagentur der Bremer Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft für das Großherzogthum Baden übernommen haben.
Karlsruhe, im Januar 1880.

Die Generalagentur der Versicherungs-Gesellschaft „Thuringia“ und der Bremer Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft
Bureau: Nowads-Anlage 2.
Paul Thieme.



die volle Wirksamkeit der **Coca-Pilanz** entfaltend [Behrungs- über ihre Anwendung gegen Brust- und Lungenleiden (Pillen Nr. I), Unterleibsleiden (Pillen Nr. II) und Nervenleiden aller Art, Schwächen etc. (Pillen Nr. III) franco gratis] stets vorrätlich: Mainz, Mohren-Apotheke; Th. Brugier in Karlsruhe (Engros); Straßburg: C. Schaffitzel, Stern-Apoth., Steingasse 27, und Ed. Bar Meisen-Apotheke; Constantz: J. Nick, Apoth. P. 629 33

Echter Bénédictiner Liqueur

der BÉNÉDICTINER MÖNCH
der ABTEI zu FÉCAMP
der beste aller Liqueure, vortreflich stärkendes Verdauungsmittel. Zum Schutze gegen Fälschungen trägt jede Flasche ausser den Schutzmarken die Unterschrift des General-Direktors.



Der echte Benedictiner Liqueur ist in folgenden Häusern zu haben, welche sich verpflichteten, keine Nachahmungen oder Fälschungen dieses vorzüglichsten Liqueur's zu verkaufen.
Zu haben bei: **Th. Brugier**, Waldstrasse 10, und **Hermann Munding** in **Karlsruhe**. P. 622 2.

Gesucht

wird ein solider Notariatsgehilfe, dem angenehme, lohnende Stelle geboten werden kann.
Anfragen oder Offerte befördert die Expedition dieses Blattes sub B 100.

Stelle

für einen **Schönreiber**.
P. 640 2. Wir suchen für unsere Kanzlei einen gut bekenntmündeten **Schreiber mit schöner Handschrift**, welcher wenigstens die 4 unteren Klassen einer Lateinschule besucht hat und nicht über 24 Jahre alt ist. Der Gehalt beträgt je nach den Leistungen 1000 bis 1200 M. und wird bei vorzüglicher Leistung nach einiger Zeit noch erhöht werden. Die Bewerbungen sind unter Anschluß der Zeugnisse bis Ende Jan. d. J. bei uns einzureichen. Fürstlich fürstbergische Domänenkanzlei in **Donaueschingen**. (H. 658 a.)

Stellege such

P. 633 2. Ein gebildetes Mädchen aus guter Familie, 22 Jahre alt, reformirter Konfession, welches in der Haushaltung bewandert und musikalisch ist, sowie beide Sprachen spricht, sucht Stelle als **Gesellschafterin**, **Boune**

oder **Stütze der Hausfrau**. Referenzen stehen zu Diensten. Offerten unter Chiffre D. 11. Nr. 2567 nimmt entgegen die Annoncen-Expedition **Blom** in **Bern** (Schweiz).

Zu verkaufen.

P. 676. Ein 9jähriger Braun, Stute, vorzüglich im Juge, vertraut und gut als Einspämer, ist sogleich wegen Wegzugs zu verkaufen. Wo ist zu erfahren bei **Herrn Langenbacher** zum „Wilden Mann“ in **Gernsbach**.

Bürgerliche Rechtsplege.

Konkursverfahren.
T. 66. Nr. 1141. Freiburg. Von dem Großh. Amtsgericht Freiburg wurde beschlossen:

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **J. A. Ketterer** dahier wird Vergleichstermin auf Freitag den 6. Februar 1880, Vorm. 10 Uhr, anberaumt, zu welchem die nichtberechtigten Konkursgläubiger anberaumt werden.

Freiburg, den 13. Januar 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Gerichtsschreiber **I. Dirler.**

Gandbühl.

T. 46. Nr. 128. Waldbühl. **J. E. mehren Gläubiger** gegen die Gantmasse des **Johann Fuchs**, Landwirth von hier, Forderung und Vorzugsrecht bett.

Gegen Landwirth **Johann Fuchs** von hier hat das Großh. Amtsgericht Baden unterm 27. September v. J. Gant erkannt und wird nunmehr zum Richtigerstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt von dießseitigem Großh. Amtsgerichte auf

Montag den 9. Februar l. J., Vorm. 8 Uhr, anberaumt.

Es werden alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, aufgefordert, solche in der angelegten Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gebührend Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden und zugleich ihre etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen, sowie ihre Beweisurkunden vorzulegen oder den Beweis durch andere Beweismittel anzutreten.

In derselben Tagfahrt wird ein **Wasserpfeiler** und ein **Gläubigerzuschuß** ernannt und ein **Vorg- oder Nachlassvergleich** verhandelt werden, und es werden in Bezug auf **Vorgvergleiche** und **Ernennung des Wasserpfeilers** und **Gläubigerzuschusses** die Richter erscheinen als der Mehrheit der Erschienenen beizutreten angesehen werden.

Die im Auslande wohnenden Gläubiger haben längstens bis zur bezeichneten Tagfahrt einen dahier wohnenden **Gewalthaber** für den Empfang aller Einbringungen zu bestellen, welche nach dem Gesetze an die Partei selbst zu geschehen haben, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Entschlüsse mit der Partei selbst eröffnet, nur am Sitzungsorte des Gerichts angelangt, bezw. den im Auslande wohnenden Gläubigern, deren Aufenthalt bekannt ist, durch die Post zugehen würden.

Waldbühl, den 13. Januar 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. v. **Küpplin**.

Zwangsvollstreckungen.

T. 55. 1. Müllheim. **Steigerungs-Ankündigung.**

In Folge richterlicher Verfügung wird aus der Gantmasse des **Albert Engler**, Badwirth und Bierbrauer hier, das **Bad Müllheim**, bestehend aus den in Nr. 297 dieses Blattes vom vorigen Jahr näher beschriebenen Liegenschaften, mit Ausnahme von Ziffer 2 u. 3, welche verkauft sind, am

Freitag dem 23. Januar d. J., Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Rathhause hiesiger Stadt einer nochmaligen öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag um das höchste Gebot erfolgt, auch wenn dieses den Anschlag nicht erreichen würde.

Die weiteren Versteigerungsbedingungen können auf dießseitiger Kanzlei zu jeder Zeit eingesehen werden.
Müllheim, den 9. Januar 1880.
Großh. Notar **Ad. Winkler.**

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung wird öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzwert oder mehr geboten wird.

- Ein zweistöck. Wohnhaus mit Stall, Scheuer etc. im Ramsbach, tar. 2500
- 3 Brtl. 36 Rth. Ader im Sauermann 800
- 1 Brtl. 10 Rth. Ader im Eichbühl 170
- 1 Brtl. 80 Rth. Ader im Kummigbirnbaum 300

Ca. 3770
Durlach, den 14. Dezember 1879.
Schultzeis,
Notar.

Berm. Bekanntmachungen.

P. 617 2. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Mit höherer Genehmigung werden wir die in unsern Magazinen angesammelten **abgängigen Metallwaaren** einer Versteigerung aussetzen und haben dazu auf

Donnerstag den 22. I. Mts., Vormittags 10 Uhr, einen Termin angelegt, zu welchem wir Kauflustige mit dem Bemerkten einladen, daß die Verhandlung zu Grunde liegenden Bedingungen und genaue Verzeichnisse der zu versteigernden Materialien auf vorstehende Anfragen von uns erhoben werden können.

Die Materialien können auf Anmelden in den Dienststunden auf den Lagerplätzen hier besichtigt werden.
Karlsruhe, den 9. Januar 1880.
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung wird öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag oder mehr geboten wird.

P. 633 2. Ein gebildetes Mädchen aus guter Familie, 22 Jahre alt, reformirter Konfession, welches in der Haushaltung bewandert und musikalisch ist, sowie beide Sprachen spricht, sucht Stelle als **Gesellschafterin**, **Boune**

1. Ein zweistöckiges, freistehendes Wohnhaus mit Balkenteller, Dachzimmer etc. u. Backstube, Durlach, tarirt zu 24,600

2. Ein großes Sägegebäude — das eigentliche Fabrikgebäude — mit Werkstätten darüber, Werkstätten- und Magazinbauten mit Arbeiterwohnungen, theils 1 1/2-, theils 2stöckig, Alles ein zusammenhängendes Ganzes bildend, tarirt zu 29,900

3. Ein Dekonomiegebäude, an 2 angebaut, tarirt zu 1,500

4. Sägeschöpfe, östlich und westlich am großen Sägegebäude, tarirt zu 800

5. Ein Dampffesselhaus mit Dampfamin, angebautem Trockenhause und Zuschneideraum, tarirt zu 10,900

6. Großer Dielenschopf mit angebautem ehemaligen Trockenhause, ferner Schopf an der Langstraße, tarirt zu 4,300

7. Haus-, Hof- u. Geschäftsprag und Baumgarten, messend 14,400 C-Meter, zus. 57,600

zusammen 129,600

Maschinen:
Eine 60ferdige Dampfmaschine mit Kessel und vollständiger Armatur, eine 20ferdige Dampfmaschine mit Kessel, 2 Circularsagen zum Latten sägen und Dielenmodellieren, 1 kleiner Bauholzgang mit Support, 1 großer Sägegang zum Bauholz- und Dielenschneiden, 1 Schwartengang mit Blättern, 1 großer Eisenläufer, 1 kleine Kreisäge zum Parquetzuschneiden, 1 Bandsäge, 1 Decoupiersäge, 1 große Hobelmaschine, 1 Stammmaschine, 1 Bohrmaschine, 4 Gutschnidmaschinen von Eisen, 1 Drehbank mit Support für 1 Abrischtmaschine, Parquettafel-Hobelmaschine, Mühlmaschinen, 1 Fuhrmaschine, 1 Federhobelmaschine, 1 Aufzug, 1 kleine Hobelmaschine, 1 Bandsäge, 1 Abrischtmaschine für Langholz, 1 Abplattmaschine, 2 Scheibenhobelmaschinen, 1 Futterhobelmaschine und Strohhühl, 3 Schleifsteine, 1 Haupttransmission mit 11 Roullis, 3 Zwischentransmissionen mit Roullis, 3 Transporter mit Roullis, 3 Transmissionen mit 2, 8 und 10 Roullis, 1 Heizapparat mit Luftpumpe, 150 Stück Kähleisen zu den Hobelmaschinen, Bohrer u. Lochbeutel, Alles mit den nöthigen Vorgelegen und Gestellen und sonstiger Zugehör, zusammen tarirt zu 56,666

zusammen 186,266
Freiburg, den 24. Dezember 1879.
Der Großh. Notar **B. Schlerath.**

1. Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden

Mittwoch den 21. Januar 1880, Nachmittags 1 Uhr, im Rathhause zu Königshof die dem **Herrn Benjamin** dort gehörigen

Liegenschaften öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzwert oder mehr geboten wird.

- Ein zweistöck. Wohnhaus mit Stall, Scheuer etc. im Ramsbach, tar. 2500
- 3 Brtl. 36 Rth. Ader im Sauermann 800
- 1 Brtl. 10 Rth. Ader im Eichbühl 170
- 1 Brtl. 80 Rth. Ader im Kummigbirnbaum 300

Ca. 3770
Durlach, den 14. Dezember 1879.
Schultzeis,
Notar.

Berm. Bekanntmachungen.

P. 617 2. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Mit höherer Genehmigung werden wir die in unsern Magazinen angesammelten **abgängigen Metallwaaren** einer Versteigerung aussetzen und haben dazu auf

Donnerstag den 22. I. Mts., Vormittags 10 Uhr, einen Termin angelegt, zu welchem wir Kauflustige mit dem Bemerkten einladen, daß die Verhandlung zu Grunde liegenden Bedingungen und genaue Verzeichnisse der zu versteigernden Materialien auf vorstehende Anfragen von uns erhoben werden können.

Die Materialien können auf Anmelden in den Dienststunden auf den Lagerplätzen hier besichtigt werden.
Karlsruhe, den 9. Januar 1880.
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

Bekanntmachung.

Samstag den 17. d. Mts. wird der Betrieb der **Eisenbahnstrecke Bretten-Cypingen**, nachdem die Störung beseitigt, nach Maßgabe des am 15. Oktober v. J. veröffentlichten Fahrplans wieder aufgenommen.
Karlsruhe, 15. Jan. 1880.
P. 679. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Im Verkehr zwischen den belgischn Stationen werden auf den 15. d. M. teilweise ermäßigte Frachttarife eingeführt. Nähere Auskunft hierüber ertheilen unsere Güterexpeditionen.
Karlsruhe, den 13. Januar 1880.
General-Direktion.

Holzversteigerung

im Großh. Hartwald, Abth. Hühnerbag, Donnerstag den 22. d. M.: 4 Fichten, 284 Forlen, Kutholzstämme 1, 1, und 111. Klasse.
Zusammenkunft: Vormittags 1/2 11 Uhr auf der Grabener Allee an der Kanal-Brücke.
Karlsruhe, den 14. Januar 1880.
Großh. Bezirksforstei Egenstein v. Kleiser. P. 678. 1.

Brennholzversteigerung.

Aus den Domänenwäldungen Steinig und Hermannsgrund werden mit Borgfristbewilligung bis 1. November d. J. versteigert.
Mittwoch den 21. Januar, Morgens 9 Uhr, im Steinig auf dem Schlag: 63 Ster buchenes und 396 Ster forlenes Scheit- und Brühlholz, 68 Ster forlenes Stodholz, 2100 forlene und 1100 gemästete Wellen, sowie einige Loose Schlagraum; Donnerstag den 22. Januar, Morgens 9 Uhr, im Hermannsgrund mit Zusammenkunft auf der Langensteinbach-Wieserstraße beim Kellerloch: 369 Ster forlenes Scheitholz, 180 Ster forlenes Brühlholz, 147 Ster forlenes Stodholz, 4225 forlene Wellen u. einige Loose Schlagraum.
Langensteinbach, 11. Januar 1880.
Großh. bad. Bezirksforstei. **Stürmer.**

Holzversteigerung.

Aus dem Distrikt „Kleiner Wald“, Gemarkung Sidingen bei Bretten, versteigern wir mit Borgfrist bis 1. September d. J.,
Dienstag den 20. Januar l. J., Vormittags 9 Uhr,
12 Stück eichene Stämme, worunter 5 Stück I. Kl., 4 Stück II. Kl., 2 Stück III. Kl. und 1 Stück IV. Kl.,
6 Stück buchene Stämme zu Sägen und Spaltholz, 1 Kastanie, 7 tannene Klöße II. Kl. und 3 tannene Stämme IV. Kl.
Die Versteigerung findet auf der Hiebfläche, welche unmittelbar an der neu eröffneten Kraichgaubahn liegt, statt. Waldhüter Feldmann in Sidingen zeigt das Holz auf Verlangen vor.
Gondelsheim, den 12. Januar 1880.
Grüßlich Douglas'sche Forstei. **K. Reiser.**

Bekanntmachung.

P. 669. 1. Nr. 10. Stodach. Zur Aufstellung des Lagerbuchs der Gemarkung Stodach ist mit höherer Ermächtigung Tagfahrt auf
Donnerstag den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr, in das Rathhaus dahier anberaumt.
Die Grundeigentümer dieser Gemarkung, zu deren Summen Grunddienstbarkeiten bestehen, werden aufgefordert, diese Dienstbarkeiten unter Anführung der Rechtsurkunden dem Unterzeichneten in genannter Tagfahrt zu bezeichnen.
Stodach, den 13. Januar 1880.
C. Bühler, Des.-Geometer.

Bekanntmachung.

T. 33. Nr. 195. Eitenheim. Nachdem auf die dießseitige Aufforderung vom 28. Oktober 1879, Nr. 908, keine Einreden erhoben wurden, werden nunmehr **Wilhelm Krämer** von Mahlberg und **August Juras** Ehefrau von Hornberg in Besitz und Gewähr des Nachlasses der **Theresia Krämer** von Rippelheimer eingewiesen.
Eitenheim, den 10. Januar 1880.
Großh. bad. Amtsgericht.
Der Gerichtsschreiber **J. B. Scherer.**